

Eine Schlacht vor Shanghai.

Der Vormarsch Tschangschungschang.

London, 25. Febr. Ein um Mitternacht abgegangenes Telegramm des Sonderberichterstatters der „Chicago Tribune“ in Shanghai besagt: Die Tschangschungstruppen unter dem Befehl des Generals Tschangschungschang haben das Rennen nach Shanghai gewonnen. 2000 von ihnen sind heute Abend mit der Bahn aus Kanton eingetroffen. Die Tschangschungstruppen sind demoralisierte Heere, die sich jetzt vor den Kantonen zurückziehen, zu verfechten. Berichten aus Kanton zufolge hat General Tschangschungschang endgültig den Befehl der nördlichen alliierten Streitkräfte übernommen und wird hier mehr als 30 000 Truppen innerhalb der nächsten Tage zusammen haben, darunter 2000 europäische Kräfte. Es ist so gut wie sicher, daß Marshall Sunghuang sich jetzt tatsächlich ausgebreitet hat. Die Ankunft des Generals Tschangschungschang in Shanghai beweist seine Absicht, die Stadt zu halten.

„Daily Express“ berichtet aus Shanghai, daß dort gestern Abend große Spannung herrschte. Die Ausländer, die außerhalb der Niederlassungen leben, wurden um 6 Uhr nachmittags durch Boten aufgefordert, sich bereit zu halten, um sich unbefristet in die Niederlassungen zurückziehen zu können. Befürchtungen für ihre Unterbringung sind getroffen worden. Es haben umfassende Verhandlungen von Agenturen stattgefunden, während Panzerwagen außerhalb der Niederlassungen auf den Straßen hin und her fuhren, um Anordnungen zu verbreiten. Ein Zusammenstoß mit zurückgehenden Truppen fand bei der Südbahnstation, eine halbe Meile südlich der Eingeborenenstadt, statt. Eine Schlacht um Shanghai wird unmittelbar erwartet. Die Truppen des Generals Sunghuang sind Kanton, 20 km von Shanghai entfernt.

Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ in Shanghai meldet in einem gestern Abend aufgegebenen Telegramm: Angesichts der Tatsache, daß die Tschangschungstruppen Sunghuangschang und die Truppen des Generals Tschangschungschang sehr nahe bei Shanghai zusammengezogen sind und angesichts des dauernden Vorrückens der Kantonen auf Shanghai ist es klar, daß die Tschangschungstruppen die Stadt zu halten werden. Die Tschangschungstruppen sind die internationale Niederlassung und um die französische Konzeption herum durch britische, möglicherweise auch durch andere Truppen nicht mehr länger verdrängt werden kann. Ein aus Shanghai abgegangenes „Daily Mail“-Telegramm lautet: Es wird berichtet, daß ein „Daily Mail“-Schiff, das von Shanghai nach Kanton unterwegs ist, ein Schiff, das in Kanton an Land gegangen ist, berichtet, daß die Tschangschungstruppen die Stadt zu halten werden. Die Tschangschungstruppen sind die internationale Niederlassung und um die französische Konzeption herum durch britische, möglicherweise auch durch andere Truppen nicht mehr länger verdrängt werden kann. Ein aus Shanghai abgegangenes „Daily Mail“-Telegramm lautet: Es wird berichtet, daß ein „Daily Mail“-Schiff, das von Shanghai nach Kanton unterwegs ist, ein Schiff, das in Kanton an Land gegangen ist, berichtet, daß die Tschangschungstruppen die Stadt zu halten werden. Die Tschangschungstruppen sind die internationale Niederlassung und um die französische Konzeption herum durch britische, möglicherweise auch durch andere Truppen nicht mehr länger verdrängt werden kann.

Schlussatz von den Kantonstruppen erobert.
London, 25. Febr. Wie aus Shanghai gemeldet wird, haben die Kantonstruppen die Stellungen Sunghuangschang bei Sunghuang erobert. Die Tschangschungstruppen sind heute in die Stadt eingedrungen. Die britischen, japanischen, französischen und amerikanischen Truppen in Shanghai haben heute im Umkreis der internationalen Niederlassung ihre Verteidigungsabschnitte bezogen. Amerikanische Beobachter sind bis heute noch nicht ausgeschifft worden.

Zusammenschließung französischer Truppen an der mandchurischen Grenze.
London, 25. Febr. „Daily Mail“ berichtet aus Tokio: Amerikanische Meldungen aus Chongju zufolge werden französische Truppen an der mandchurischen Grenze zusammengezogen und durch Soldaten aus dem europäischen Ausland verstärkt.

Eine Erklärung der Vertretung der Vertragsmächte.
Peking, 25. Febr. Die diplomatischen Vertreter der alten Vertragsmächte haben eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der die Ergebnisse der Verhandlungen der militärischen Ereignisse in der Gegend von Shanghai auf die Sicherheit des Lebens und Eigentums der Ausländer geäußert werden und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Führer der kämpfenden Heere und Parteien alle Maßnahmen ergreifen werden, um Zwischenfälle zu vermeiden, durch die die ausländischen Behörden gezwungen würden, selbst die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Eine ähnliche Erklärung hat der französische Gesandte mit Bezug auf die französische Konzeption veröffentlicht.

Ein Wahlerfolg der englischen Arbeiterpartei.

London, 25. Februar.

Selbst für Macdonald überraschend haben die Sozialdemokraten bei den Wahlen in Stourbridge siegt. Der Arbeiterkandidat Bellod erhielt 10 561, der konservativste Kandidat 14 302 und der liberale 9535 Stimmen. Bei der letzten Wahl hatte der bisherige konservative Vertreter 16 028, der Arbeiterkandidat 14 113, der liberale 10 418 Stimmen gehabt. Es ist dies der größte Sieg, den die Arbeiterpartei während des Ministeriums Baldwin errungen hat; die Konservativen traten

Englisch-amerikanische Verstimmung.

Ein englischer Kreuzer nach Managua.

England drückt in Washington seinen Dank für den bisherigen Schutz der britischen Interessen in Nicaragua aus und entsandte zu gleicher Zeit einen Kreuzer nach Managua, der im Notfall den Schutz der britischen Staatsangehörigen übernehmen sollte. England sagte zwar, es habe diese Maßnahme nur widerwillig getroffen; aber in Washington ist man arg darüber verschlüsselt; in manchen amerikanischen Kreisen steht man darin sogar eine Bedrohung der Monroe-Doktrin.

Senator Borah erklärte auf Anfrage, daß keine Nicaragua ist bereits von einer Flottenmacht umgeben, die das ganze Land in einer Nacht in Trümmer schleichen könnte. Wenn England eine derartige Maßnahme beschließt, dann kann es mit derselben Begründung auch die italienische Flotte ihre Stationen im Mittelmeer verlassen und sich nach Nicaragua begeben, da dort auch einige Italiener leben. Was ist in Nicaragua überhaupt geschehen? Haben etwa irgendwelche Ausländer ihr Leben oder ihr Eigentum verloren? Bis jetzt ist niemandem ein Haar gekrümmt worden. Senator Reed erklärte zu der Lage, es sei zu befürchten, daß eine sehr heftige Lage geschaffen würde. Auch eine Anzahl anderer Senatoren äußerte sich in ähnlicher Weise. So meinte der republikanische Senator Fessenden aus Ohio, daß für England gar kein Grund für einen derartigen Schritt vorläge, der eine Verletzung der Monroe-Doktrin bedeute. Auch der frühere Staatssekretär Senator Elihu Root erklärte, daß das Memorandum eine Herausforderung der Vereinigten Staaten bedeute und durchdringen lasse, daß Amerika nicht imstande sei, die ausländischen Interessen in Nicaragua wirksam zu schützen.

Der diplomatische Korrespondent des „Londoner Daily Telegraph“ kommt auf die Gründe, die zur Entsendung des britischen Kreuzers nach Nicaragua führten, zu sprechen. Er sagt u. a., daß bereits bei der

gen dieses Mal in gleichem Maße den Stimmenverlust wie die Liberalen. Der sozialistische Erfolg wird in der englischen Presse beachtet. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt, die Wähler seien baldwies und seiner Kollegen überdrüssig. — Die konservativen „Morning Post“ führt die Regierungsintrigen in der Hauptsache auf die wirtschaftliche Unzufriedenheit zurück und schreibt: Das Dreiparteien-System arbeite den Sozialisten in die Hände. „Daily Mail“, die seit langer Zeit für den völligen Sturz der diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland eintritt, führt den riesigen Stimmenzuwachs der Sozialisten darauf zurück, daß die konservative Regierung ganz außer Fühlung mit ihrer eigenen Partei und dem britischen Volk sei, was in der „verächtlich schwachen Note“ an die Sowjetregierung zum Ausdruck komme.

Verhandlungen zwischen Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Berlin, 25. Febr. (Eig. Draht.) Seit einigen Tagen schweben ernsthafte Verhandlungen zwischen führenden Persönlichkeiten des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei. Als nächstes Ziel ist eine fraktionsgemeinschaft im Reichstag ins Auge gefaßt. Der Schlussstein soll die Wiedervereinigung der beiden Parteien sein. Wie wir aus besser Quelle erfahren, geben sich die Unterhändler redliche Mühe, um die an sich durchaus unvereinlichen Differenzpunkte aus der Welt zu schaffen. Es bestehen, wie uns versichert wird, gute Aussichten, daß die Verhandlungen einen günstigen Erfolg zeitigen werden.

Die Beratungen über das Arbeitszeitminderungsgezet.

Berlin, 25. Febr. (Eig. Draht.) Die Beratungen des interfraktionellen Ausschusses über den Entwurf eines Arbeitszeitminderungsgezet sind vorläufig unterbrochen worden und werden nach der Pause des Reichstags am Montag wieder aufgenommen. Wie wir erfahren, sind die Aussichten auf einen Ausgleich zwischen den Ansichten der einzelnen Parteien recht günstig. Auch der Reichstag hat beschlossen, mit Rücksicht auf die unmittelbare bevorstehende Vertagung des Reichstages sich erst am 10. März mit dem Arbeitszeitminderungsgezet zu beschäftigen, so daß es frühestens am 11. März dem Reichstag überwiesen werden kann.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge wollen die Vertreter der Deutschen Volkspartei den Vorschlag machen, die Erhöhung des liberalen Lohnes für freiwillige Mehrarbeit auf 20 Prozent festzusetzen. Es wird dem Vorschlag in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß auf der Grundlage des vorgelegten Vorschlages eine Einigung erzielt werden wird.

Der Wechsel im preussischen Justizministerium.

Berlin, 25. Febr. Zum Wechsel im preussischen Justizministerium hört das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger, daß, wie schon in einer

ersten Landung amerikanischer Matrosen in Nicaragua Washington den Schutz des britischen Lebens und Eigentums in Nicaragua zugesagt habe. Als in den letzten Tagen bei Zunahme der Straßenkämpfe der britische Geschäftsträger in Nicaragua den dortigen amerikanischen Gesandten an die damalige Aufgabe des Weissen Hauses erinnerte, erhielt er jedoch zur Antwort, daß der Gesandte nicht in der Lage sei, bei den Straßenkämpfen auch die britischen Interessen zu schützen. Der britische Vertreter schlug darauf die Entsendung eines Kreuzers als Schutzmaßnahme für die englischen Staatsangehörigen vor.

Scharfes Vorgehen Amerikas.

Newport, 25. Febr. Admiral Batimer erhielt den Befehl, in Nicaragua auch den letzten Widerstand zu brechen. Man schließt daraus, daß man unmittelbar vor Errichtung des Protektorates über Nicaragua steht.

Die Stellung der Kongressopposition.

Newport, 25. Febr. Die Kongressopposition macht geltend, daß England die Entsendung des Kreuzers ohne vorheriges Einverständnis mit der amerikanischen Regierung nicht anordnen konnte und daß der Washingtoner Regierung der englische Schritt sehr willkommen sei, da sie sich der Opposition vorhalten könne, daß auch England den Schutz des Eigentums für richtig halte. Die Opposition könne jedoch nicht wegen Verletzung der Monroe-Doktrin Washington zum Vorgehen gegen England veranlassen. Die erste englische Note, in der Amerika auf die Gefährdung des britischen Eigentums hingewiesen wurde, ist bereits am 19. Februar überreicht worden, aber wegen angeblicher Krankheit des Staatssekretärs nicht beantwortet worden. Die Washingtoner Regierung betont, daß die Entsendung des britischen Kreuzers von anderen Mächten durchaus nicht als Präzedenzfall betrachtet werden dürfe.

früheren Nachricht gemeldet worden war, anfangs März die Ernennung des Staatspräsidenten Dr. Schmidt-Lichtenberg, der den künftigen Reichspräsidenten im preussischen Landtag ist, zum Nachfolger des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brüning ernannt wird. Die Ernennung eines Berliner Mannes, der bei der Ernennung eine neue Minister der Geschichte bereits übernommen habe, während Am Jehmhoff noch im Amt ist, trifft nicht zu. Diese Meldung ist ein Musterbeispiel dafür, wie leichtfertig manchemal Nachrichten fabriziert werden. Wie wir nämlich hören, war Dr. Schmidt-Lichtenberg einige Male gesehen worden, wie er das Gebäude des preussischen Justizministeriums betrat. Daraus wurde fälschlich die eben erwähnte fälschliche Schlussfolgerung gezogen! Daß ein Jurist von dem Range Dr. Schmidt, der bekanntlich wieder Tage zum Senatspräsidenten befördert worden war, auch gelegentlich dienstlich im Justizministerium zu tun haben kann, scheint gewissen Reportern unergreiflich zu sein.

Personalveränderungen im Reichsinnenministerium.

Berlin, 25. Febr. (Eig. Draht.) Infolge der Neubildung der Regierungskoalition werden demnächst im Reichsinnenministerium des Innern, das bekanntlich von Herrn von Reubell verwaltet wird, einige Veränderungen personeller Art eintreten. So wird der Regierungsrat Waltraff, der Sohn des ehemaligen Reichsstatthalter von Ostpreußen, als persönlicher Referent des Ministers in das Reichsinnenministerium einziehen. Er war bisher bei der Reichsstatthalter in Münden beschäftigt. Als Leiter der sogenannten Kulturstiftung ist Ministerialrat Vellenger unter Verabredung zum Ministerialdirektor in Aussicht genommen. Staatssekretär Schulz, der der sozialdemokratischen Partei angehört, wird aus seiner bisherigen Stellung auscheiden. Über seine weitere Verwendung ist noch keine Entscheidung getroffen. Die Neubildung des Reichsinnenministeriums ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung. Die Reichsinnenminister hat die Aufgabe, die inneren Angelegenheiten des Reichs zu verwalten. Seine Ernennung wird demnächst unter der Bedingung in einem großen Staatsrat hervorgehoben; denn er ist dort beauftragt und steht in seiner Heimat in bester Erinnerung.

Loebes Befinden.

Berlin, 25. Febr. Die Untersuchung, die das Verleumdungsgericht heute mittag vorgenommen hat, ergab, daß das physische und physische Befinden des Reichstagspräsidenten Loebes auch weiter zufriedenstellend ist.

Der Reichspräsident hat sich heute früh durch Staatssekretär Meißner nach dem Befinden des Reichstagspräsidenten Loebes erkundigt und die besten Wünsche für seine Genesung ausgesprochen. Der Reichspräsident hat Loebes in einem besonderen Schreiben seine besten Wünsche ausgesprochen und die besten Wünsche für seine Genesung ausgesprochen. Der Reichspräsident hat Loebes in einem besonderen Schreiben seine besten Wünsche ausgesprochen und die besten Wünsche für seine Genesung ausgesprochen.

Selbst beim günstigsten Verlauf der Krankheit rechnet man mit einer längeren Genesungszeit, die den Reichspräsidenten 6 bis 8 Wochen den parlamentarischen Arbeiten fernhalten würde. Unter diesen Umständen sind die Aussichten für eine rechtzeitige Verabschiedung des Etats bis zum 1. April recht gering geworden. — Die von den Kantonen bei der Operation Loebes festgestellten Verwundungen stammen schon aus früherer Zeit. Präsident Loebes hat also, ohne es zu wissen, schon öfters an Blinddarmentzündungen gelitten. Da er gleichzeitig auch gallenleidend war, so wurden die Verwundungen zunächst immer auf die Krankheit zurückgeführt. Als vor einigen Tagen die bestimmte Diagnose auf Blinddarmentzündung gestellt wurde, bestand bereits die höchste Gefahr. Es war, wie wir erfahren, schon eine Entzündung in Größe von etwa drei Zentimetern eingetreten. Trotz der Schwere der Erkrankung ist die Operation, die beinahe eine Stunde dauerte, verhältnismäßig gut verlaufen. 24 Stunden später würde ein operativer Eingriff wahrscheinlich nicht mehr möglich gewesen sein.

Der innere Ausbau des Reiches.

Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der deutschen Länder, sagt der zweite Artikel der Reichsverfassung. Und Artikel 18 bemerkt dazu: Die Gliederung des Reiches in Länder soll unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Volkes dienen. Dient die Gliederung des Reiches tatsächlich dazu? Ist der Umstand, daß Baden, die beiden Lippe, Anhalt, Braunschweig, Mecklenburg selbständige deutsche Länder mit eigenen Ministern und eigenem Parlament bilden, wirklich für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes von Bedeutung? Ist es nicht vielmehr ein ungeheurer Verwaltungsluxus, etwas durch aus unwirtschaftliches, daß diese Länder noch wie einst, als sie unter fürstlicher Herrschaft standen, zusammen nicht einmal von der Größe eines preussischen Regierungsbezirks, Staat spielen? Und welche kulturellen Werte werden durch diesen Luxus geschaffen?

Wenn man sein verstandesgemäß an diese Verfassungsfrage herantritt, wird man es bedauern müssen, daß die Sozialdemokraten bei ihrer Revolution vom November 1918 zwar Throne und Thronen und Regierungen gestürzt, aber im übrigen nichts Wichtiges tun zu können geglaubt haben, als nun überall neue Regierungen zu bilden und meist noch mehr Ministerposten zu schaffen, als es vorher gab. Man wird es rein verstandesgemäß nicht minder bedauern müssen, daß auch die Weimarer Nationalversammlung nicht reinen Tisch gemacht hat, sondern auf halbem Wege stehen geblieben ist, indem in der Reichsverfassung den Ländern zwar einzelne Rechte, die sie früher hatten, genommen, aber ihnen immer noch so viele gelassen wurden, daß sie, um den berühmten bayerischen Ausdruck zu gebrauchen, ihre Eigenstaatlichkeit behielten. Der übergeordnete Unitarismus, der ein einheitliches Reich will, das sich nicht in Länder, sondern in Provinzen von möglichst gleicher Größe gliedert, schlägt voll Born auf den Tisch, wenn er daran denkt, was damals verfaßt worden ist, und sein Auge leuchtet auf, wenn er sieht, daß dieses oder jenes deutsche Land in finanziellen Schwierigkeiten steht, daß es Reichsmittel beanprucht. Er fordert, daß diese Reichsmittel, die nur aus den in Preußen aufgetragenen Reichsteuern stammen können, nicht gewährt werden und daß beim endgültigen Finanzausgleich im nächsten Jahre die Sache ins Reine gebracht wird. Schluß mit der Reichsstaatserei! Aufgeben aller Länder in Deutschland! Nur mehr eine Zentralregierung! Wenn die Rheinprovinz ohne eigene Minister auskommt, dann kann es das etwa an Bevölkerung gleich große Bayern auch.

So spricht mit tüftelndem Verstande der Unitarist. Und als solcher hat nach dieser Tage der preussische Ministerpräsident Brauns in seine Landtagsrede über die Grobhauburgfrage bezeichnende Bemerkungen eingeschoben, und er hat am Donnerstag Abend in einem Vortrag über den Einheitsstaat, gehalten auf Einladung der Vereinigung sozialdemokratischer Studenten im Auditorium Maximum der Berliner Universität, Zahlen gegen den Luxus des Föderalismus aufmarschieren lassen, an denen man nicht achlos vorbeigehen kann. Ministerpräsident Brauns, der an der Spitze des einzigen deutschen Landes steht, das zum Ausgehen in Deutschland, wenn die Bevölkerung gefragt werden würde, ohne Zweifel bereit wäre, ging in seinem Vortrag von den gewaltigen Größenunterschieden aus, die vor allem bei der Schaffung eines idealen Föderalstaates im Wege stehen. Er kam dann auf die Veranlassung Preußens in der Weimarer Verfassung zu sprechen, die wegen der übertragenden Größe dieses Landes aus der alten Verfassung die Bestimmungen übernommen hat, daß zwar jedes Land mindestens eine Stimme, Preußen aber nicht mehr als zwei Fünftel aller Stimmen im Reichsrat stellen darf, weil sonst dieser eine Staat den ganzen Reichsrat majorisieren könnte. Um aber den Einfluß Preußens noch mehr zu schwächen, wurde

+ Berlin, 25. Febr. Der Kellereintrat des Preu-
 schen Landtages besprach die Geschäftsangelegenheiten.

× Moskau, 26. Febr. (Telegraphenagentur der Sowjetunion). Die Hiesige Presse veröffentlicht die britische Note „Zawestija“ hebt in ihrem Leitartikel hervor, daß die Note das Ziel verfehlt und keinerlei begründete Beschuldigungen enthält, die sowohl die Abwendung der Note, wie auch die Drohung mit der Aufhebung des Handelsvertrages und selbst mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen rechtfertigen könnten. Was die Beschuldigung der Staatsmänner der Sowjetunion anbelange, die zur Revolution aufgefordert und Erklärungen abgegeben haben sollen, die angeblich Großbritannien schmähen, so habe die Sowjetregierung sich niemand gegenüber verpflichtet, irgend einem ihrer Bürger, einerseits ob es sich um Privatpersonen oder um Regierungsmittelglieder handelte, zu verbieten, in Reden die Revolution auszusprechen, soweit diese Reden auf dem Boden der Sowjetunion gehalten werden. „Zawestija“ führt Stellen aus den Reden Churchill's und Birkenheads an, die eine Reihe von Beschimpfungen und Veleibigungen von Mitgliedern der Sowjetregierung enthalten und weist darauf hin, gerade die Sowjetunion sei berechtigt, von systematischer Schmähung der Sowjetunion durch englische Staatsmänner zu reden. Falls die Note ein Zugeständnis an die Diebstahlsdarstellungen sei, vermag dieser Umstand wohl ihren Wert zu mindern.

• Newyork, 24. Febr. 4 Mann der Besatzung des britischen Landdampfers „Blacksea“ sollen bei einer Explosion, durch die das Schiff zum Sinken gebracht wurde, ums Leben gekommen sein.

Es war am
genau, was ein
nomische Winde
unterbergingen k
nen gewaltigen
Dreifuß! — h
Zug etwa $\frac{1}{4}$ verge
mit noch eben, m
Zug hingelockt g
ausgelöst von der
es etwas Schöner
u sein! Ja, wie
einigen Wesen in
eine Anklage sein
das mit Ver
stehe nimmt in
raum ein, während
gluglos auf Verw
eilt von der We
leich der Träume:
Ich stand, eing
erg und genoh d
Schöher in Flamm
Zug krieges schä
geballten Wölfen d
umwirbelt von sp
der linken Hand
eriffel, und so au
ieren das Meer
dops! Welcher h
die wachende C
der staunenden



von gebot
strument
kaufen.

monatlich

wöchentlich

un-

er

Telefon 21

sehr gut

einrichtun

ein kleiner

renanz

48, wie neu

preiswert

Wohnstätt

sehr gut

derfarre

oder W

änder, mit

berbed, billi

stufen

Wohnstätt

vier

Bouys

zu betrachte

Lebhaft, Bäte

der Chauffe

antag

ab

kale

all

b. 5.6

horst

de.

händlerinne

braue, oben

mmun

geordnet

Vorstand.

10

erbin zur

man,

rdt.

me

auch als

zu vermiete

asse, Rhebe,

er Str. 6.

Die Weltwirtschaftskonferenz.

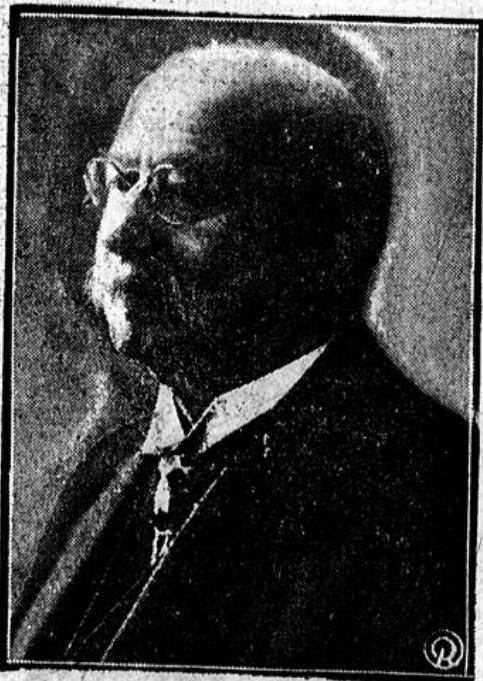
Am 4. Mai dieses Jahres soll in Genf die vom Völkerbund einberufene Weltwirtschaftskonferenz zusammentreten, für die die Vorarbeiten bereits in hohem Maße geleistet worden sind. Diese Konferenz hatte bereits ein Vorbild in der Konferenz von Genf, die im Sommer 1922 zusammentreten war. Auch hier standen die weltwirtschaftlichen Fragen im Vordergrund. Sie konnten aber nicht vernünftig besprochen werden, weil auf Verlangen des französischen Ministerpräsidenten Poincaré das dringlichste Finanz- und Wirtschaftsproblem der damaligen Zeit, die Reparationsfrage, nicht zur Erörterung kommen durfte. Die bevorstehende Konferenz in Genf wird sich von der in Genf vor allem dadurch unterscheiden, daß ihre Mitglieder keine beauftragten und verantwortlichen Politiker sind, sondern von den Regierungen ernannte Wirtschaftsjuristen, Räte, die ohne Regierungsinstruktion, stimmen sollen. Im ganzen dürfte die Konferenz etwa 20 Delegierte beinhalten. Jedes Land soll fünf Vertreter als die Repräsentanten der bedeutendsten Wirtschaftskreise entsenden. Diese Sachverständigen werden nicht in dem Maße an politische Rücksichten gebunden sein, wie die Delegierten der Konferenz von Genf, besonders dann nicht, wenn sie ihren Aufgabenbereich möglichst eng abgrenzen. Von einer solchen Beschränkung auf die nächsten Möglichkeiten der Weltwirtschaftlichen Fortschritte wird überhaupt das Gelingen dieser Konferenz abhängen.

Ihre Aufgabe ist allgemein dahin zu fassen, daß sie eine Etappe bilden soll auf dem Wege der Anpassung des Wirtschaftslebens an die modernen Bedingungen der internationalen Zusammenarbeit, auf daß der wirtschaftliche Frieden und damit letzten Endes auch der politische Frieden gesichert werden. Neben allgemeiner Art dürften die Besprechungen einzelnen, worauf dann die Kommissionen ernannt werden, die die näheren Richtlinien für die Einzelberatungen entwerfen. Die ganze Konferenz soll beraten den Charakter tragen. Ihre Empfehlungen an die Regierungen werden sich auf wohl gemeinte Ratsschlüsse beschränken.

Bei den vorbereitenden Arbeiten hat sich vor allem die Frage der Handelsfreiheit in den Vordergrund gedrängt, der den souveränen Eigenwillen der Staaten sehr nahe berührt. Obwohl der Nationalismus der Einzelstaaten bei allen Völkern starke Widerstände findet, die bereits zu einer weitgehenden Ausmerzung der staatlichen Ein- und Ausfuhrverbote geführt haben, ist der eng-nationale Gesichtspunkt bei der Aufstellung der Zolltarife und Handelsverträge nach wie vor ausschlaggebend geblieben. Es handelt sich hier um eine europäische Krankheit, die geheilt werden muß, soll sich das System der Schutzzölle mit der innerweltlichen anwachsenden Zahl von Einzelpositionen des Handels nicht ins Unmögliche auswachsen. Die Wertzölle, das Dumping, die staatlichen Subsidien, sind weitere Fragen, die im Bereiche der internationalen Beziehungen heutzutage eine große Bedeutung haben und auf der Genfer Konferenz zur Sprache kommen müssen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Problem der internationalen Kartelle, die einen wachsenden Umfang annehmen. Gewisse Vorteile dieser internationalen Konventionen liegen auf der Hand. Sie gestalten eine rationelle Sparfamkeit und eine erspürliche Ordnung der Produktion. Die Methoden ihrer Arbeitsweise werden sich weiter entwickeln, wobei vorausgesetzt werden muß, daß sich nicht alle Industrien zu solchen internationalen Vereinbarungen eignen. Kartellähnliche auch Gefahren vorhanden, unter denen vor allem der Konsumt leiden kann, so die der Monopolisierung und Preisverherrlichung, die eine staatliche Überwachung notwendig machen. Es ist anzunehmen, daß sich die Weltwirtschaftskonferenz mit dem Verhältnis solcher internationaler Konventionen zu den Staaten und ihren Souveränitätspflichten und Souveränitätsrechten befassen wird. Man betont schon die Notwendigkeit, daß sich die Wirtschaft mit ihren internationalen Kartellhoffnungen möglichst von der internationalen Diplomatie löst und glaubt, daß die Konferenz den Staaten empfehlen wird, offene Verhandlungen zwischen den Produzenten auf der Basis der horizontalen Industriegruppen zu fördern und sich selbst mit einer klugen Kontrolle zu begnügen. Ob damit aber die Politik zufrieden sein kann, ob hier nicht vielmehr politische Aufgaben des Völkerbundes von welttragender Bedeutung heranwachsen?

Ein 75jähriger.



Der hervorragende Latinist Theodor Birt, Prof. an der Universität Marburg, der auch als Dichter einen Namen gewann, begeht am 22. März seinen 75. Geburtstag.

Man wird gut daran tun, mit der Konferenz vom 4. Mai nicht allzu große Hoffnungen zu verbinden. Es ist möglich, daß sie zu einigen festformulierten Vorschlägen kommt, es wird aber kaum erwartet werden können, daß ihr Rat von den Regierungen Europas und der übrigen Kontinente ohne weiteres befolgt wird. Es gibt Kreise, die diese Konferenz dazu benutzen möchten, weltweite Idealformen der europäischen Wirtschaft zur Verwirklichung vorzulegen. Die Ideen der Pan-europa-Bewegung werden sicherlich erneut erörtert werden. Es ist aber auch sicher, daß sich die Konferenz selbst mit solchen Utopien nicht befassen wird. Im übrigen ist es außerordentlich begrüßenswert, daß sich der Völkerbund so intensiv der weltwirtschaftlichen Probleme annimmt. Sie sind tatsächlich der Angelpunkt des Weltfriedens.

Keine Beteiligung Spaniens an der Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 25. Febr. Die spanische Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes ihre Beschlüsse zur Kenntnis gebracht, zu dem 4. Mai d. J. beginnenden Weltwirtschaftskonferenz keinen Vertreter zu entsenden. (Spanien hat sich bekanntlich im letzten Herbst vom Völkerbund zurückgezogen, weil es kein hängiges Mitglied des Völkerbundes werden konnte. Die Nichtbeteiligung an der Weltwirtschaftskonferenz soll offenbar die Bedeutung dieser Abkehr von Genf erneut unterstreichen. Die Redaktion.)

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Gesandter Kauscher in Berlin.

Berlin, 25. Febr. Der deutsche Gesandte in Warschau, Kauscher ist für einige Tage hier eingetroffen.

Die Anwesenheit des Gesandten Kauscher in Berlin deutet an, daß die von ihm in den letzten acht Tagen mit dem polnischen Außenministerium geführten diplomatischen Verhandlungen bis zu einem Punkt gediehen sind, der eine Berichterstattung und Rückmeldung mit den zuständigen Stellen der Reichsregierung notwendig macht. Diese Verhandlungen sind vertraulich geführt worden, aber es ist selbstverständlich, daß sie das Ziel hatten, den durch die herausfordernden Ausweisungen aus Ostoberschlesien entstandenen deutsch-polnischen Konflikt aus der Welt zu schaffen, natürlich nur in dem Sinn, daß eine Einigung über das Rieberlassungsrecht deutscher Staatsangehöriger in Polen angestrebt und damit die Voraussetzung für die Wiederaufnahme der längst unterbrochenen deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen geschaffen wird.

Wer im Gedächtnis zurückwandert durch die Ereignisse, die zu dem Konflikt geführt haben, stößt auf die Anweisungen des geschäftsführenden Kabinetts Marx an den deutschen Gesandten in Warschau, in denen die polnische Regierung vor die Wahl gestellt wurde, entweder die letzten Ausweisungen aus Ostoberschlesien zurückzunehmen oder sich auf die Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen gefaßt zu machen. Da Polen die Zurücknahme der Ausweisungen ablehnte, ließ Staatssekretär Lewalski, der deutsche Bevollmächtigte für die Handelsvertragsverhandlungen, am 12. Februar der polnischen Delegation durch ein Schreiben den Beschluß der Reichsregierung mitteilen, der auf vorläufige Auslegung der Verhandlungen lautete und anregte, zunächst diejenigen Fragen zu regeln, die sich aus den Ausweisungen und Verdrängungen der Deutschen aus Polen ergeben. Das Schreiben schloß mit dem Hinweis darauf, daß die deutsche Gesandtschaft in Warschau einen Antrag auf direkte Verhandlungen über die Frage der Ausweisungen bereits gestellt habe. Die polnische Delegation verließ darauf Berlin.

Am 18. Februar veröffentlichte das polnische Außenministerium eine offizielle Erklärung, in der sofortige Verhandlungen über die Rieberlassungs- und Ausweisungsfälle abgelehnt wurden mit der Begründung, daß Polen Gesetze habe, die die Fremdenfrage regeln, und daß diese Gesetze viel liberaler als die in Deutschland seien. Diese den Tatsachen höhnisch sprechende Begründung für die Haltung der polnischen Regierung gegenüber den Deutschen in Polen hat die Reichsregierung nicht abgelehnt, durch weitere deutsche Schritte in Warschau Klarheit darüber zu schaffen, ob auf irgend einem Wege eine befriedigende Regelung der Ausweisungsfrage zu erzielen sei und damit die Schwierigkeiten für die Fortsetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die bereits zwei Jahre laufen, beseitigt werden könnten. Ob diese Schritte einen Erfolg gehabt haben, ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Die Anwesenheit Kauschers in Berlin läßt aber die Vermutung zu, daß man sich in Warschau die deutschen Anregungen doch noch einmal hat durch den Kopf gehen lassen und wohl sich ihnen gegenüber nicht völlig unzugänglich gezeigt hat.

Polnische Scheinangst.

Warschau, 25. Febr. Im Herdenschuß des Sejm wurde gestern ein vom national-demokratischen Volksverband eingebrachter Antrag beraten, in dem die Regierung aufgefordert wird, dem Landtag über die Sicherheit der Grenze der Republik im Zusammenhang mit einem drohenden deutschen Ueberfall (!) Bericht zu erstatten. Der Antragsteller fragte den Regierungschef, welche Mittel angewandt worden seien, um Deutschland die Durchführung seiner Ueberfallpläne auf Polen zu erschweren. Die Drohung eines solchen Einfalles sei bisher in Polen nicht mit dem genügenden Ernst behandelt worden. Der Sprecher der Christlich-DEMOKRATISCHEN Partei, die die polnische Regierung mit einem Programm des Ausbaues von Schutzpunkten an der Westgrenze hervorhoben und mit einem Gesetz über die Organisation der Nation im Kriegsfalle herauskommen solle.

Todessturz vom Eiffelturm.

Ein Filmdrama aus der Wirklichkeit.

Paris, 22. Februar.

Ein entsetzliches Drama, wie es sonst nur in unwahrscheinlichen Schauermärchen geschildert zu werden pflegt, hat sich gestern in Paris abgespielt. Die Einzelheiten sind bereits haarkribend, daß man eher an die Überlegenheit eines Geistesgestörten als an den wohlüberlegten Selbstmord eines jenseitigen Menschen denken muß. Der Vorfall, der noch keine Veröffentlichung gefunden hat, hat folgende Umstände gehabt:

Ein Polizist, der auf dem Champ de Mars seinen Dienst verrichtete, wurde nachts gegen 2 Uhr plötzlich auf ein verzweites Gefährt aufmerksam. „Zu Hilfe, zu Hilfe!“ Er eilte sofort in die Richtung, aus der die Handlung zu kommen schien. In der Annahme, es handle sich um einen Passanten, der in dieser nachts späten Stunde in der Nähe der Eiffeltürme herumirren, angegriffen worden sei, gab der Polizist Pfeifensignale und in wenigen Minuten standen etwa zehn Polizisten unter dem eisernen Bogen des gewaltigen Turms. Sie fanden da, recht verlegen, denn weit und breit war kein Mensch zu sehen. Plötzlich blitzte einer der Polizeibeamten zum Turmspitze empor. Seine Ueberredung war nicht gering, als er umweit von der Spitze, oberhalb des dritten Stockwerkes, eine menschliche Gestalt erblickte. Der Unbekannte, der in dieser Höhe kaum größer erschien als eine Puppe, flammerte sich an einen eisernen Querbalken.

Es herrschte ein harter Windgang, es war nicht leicht, sich mit dem Mann von unten zu verständigen. Einer der Polizisten schrie aus Verzweiflung hinauf: „Haben Sie um Hilfe gerufen?“ Steigen Sie sofort herunter.“ Eine Stimme antwortete von oben: „Geben Sie sich keine Mühe, ich bleibe hier.“

Die Polizisten eilten jetzt über die Treppe — der Aufstieg funktioniert zur Nachtlage nicht — zum dritten Stockwerk hinauf. Der Weg über die Wendeltreppe dauerte über zehn Minuten, es war zu befürchten, daß der Mann inzwischen bereits in die Tiefe gestürzt sei. Am dritten Stockwerk angelangt, fanden sie den Un-

bekannten. Man sah ihn — er war noch ein junger Mann — an derselben Stelle.

Steigen Sie herunter, wiederholten nochmal die Polizisten. „Es fällt mir gar nicht ein. Holt mir eine Tasse Kaffee, ich habe Durst.“ Dann stellte er sich vor. „Ich heiße Gaston Harpelle“, ein Elektromonteur und will, wie Sie sehen, Selbstmord begehen. Bis ich meine Zigarette geraucht habe, ist alles vorbei. Mein letzter Wunsch ist, daß ihr meine Frau sofort herbeiholt. Ich möchte noch mit ihr sprechen, dann werde ich von hier so hinunterpringen, daß meine Leiche genau um ihre Füße zu liegen kommt.“ Einer der Polizisten umarmte nun in die Rue Montessur, unweit vom Eiffelturm, um Frau Harpelle zu verständigen. Die hübsche zweiundzwanzigjährige Blondine war, als sie die Postkarte vernahm, außer sich. Sie warf sich sofort ins Auto, unterwegs erzählte sie dem Polizisten, sie hätte mit ihrem Mann nach dem Abendessen einen kleinen Streit gehabt, weil dieser mit einigen Freunden ins Kaffeehaus gehen und dort Billard spielen wollte. Sie machte ihm Vorwürfe, der Mann ging wütend und schlug hinter sich die Tür zu. Unter dem Bogen des Turmes blieben sie beide stehen. Die weinende Frau verbarg sich auf Kutschlag des Polizisten hinter einem der eisernen Balken. Plötzlich war von oben eine Stimme zu vernehmen. Der Selbstmordandobist rief: „Marie, bist du da?“

Die Frau wurde nun von einem Weintrampel befallen und bereit so unwillkürlich ihre Anwesenheit. In dieser Sekunde ließ der Mann die Eisenklinge, an der er sich festgehalten hatte, los, stürzte von dreihundert Metern in die Tiefe und blieb unweit von der Stelle, wo die Frau stand, zerschmettert liegen. Die Leiche wurde ins Anatomische Institut gebracht. „Der Selbstmord“, erklärte die Frau bei ihrer Vernehmung „ist mir ganz und gar rätselhaft.“ Mein Mann war nie krank und zeigte nie das geringste Zeichen von Geistesstörung. Es ist doch unfaßbar, daß ein Mensch sich wegen einer verweigeren Billardpartie das Leben nehmen soll.“

Furchtbares Familiendrama.

Willingen, 25. Febr. Der Metzger Brande aus Alentried hat infolge von Familienstreitigkeiten seinen Schwiegervater, den Bauer Kaller, erschossen und seine Schwiegermutter und seine Schwägerin durch mehrere Schüsse verletzt. Seine Frau konnte sich noch retten. Nach der Tat erschoss sich der Täter selbst.

Zwischen dem 31-jährigen Metzger Friedrich Brande und seinem 55-jährigen Schwiegervater, dem Landwirt Andreas Kaller, waren seit Jahren Streitigkeiten im Gange und man war darauf gefaßt, daß der Streit einmal ein böses Ende nehmen werde. Gestern kam es zwischen beiden wieder zum Streit. Brande jagte plötzlich seinen Neuwagen und schloß seinen Schwiegervater nieder. Er ging darauf ins Haus und gab auf seine 21-jährige Schwägerin Martha Kaller drei Schüsse ab, von denen zwei die Lunge durchbohrten. Dann suchte Brande seine Schwiegermutter in der Küche auf und gab auf sie ebenfalls mehrere Schüsse ab. Die Verletzungen waren so schwer, daß Frau Kaller bereits auf dem Transport nach der Willinger Klinik starb. Auch Martha Kaller dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Die Ehefrau Brande hatte sich mit ihrem einzigen Kinde verriegelt und entging dadurch dem Wüten ihres Mannes, der sich nach seinen Mordtaten in ein Zimmer einschloß, jeden, der in die Nähe kam, mit Erschüssen drohte und sich selbst nach 4 Stunden vor dem Spiegel erschoss.

Der verlängerte Arm.

Berlin, 25. Febr. Wegen eines neuartigen Diebstahls ist der Schweizer Metzger Stein gestern vom Schöffengericht Berlin-Schöneberg zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte an einem 2 Meter langen Jochfisch einen Angelhaken befestigt, mit dem er von den Fischerinnen aus den Balkonen der Häuser zum Klaffen ausgelegte Kleidungsstücke usw. angelte. Stein, der beim Angeln einer fetten Gans erwischt worden war, hat insgesamt für etwa 12.000 Mark Schaden erlitten.

Zwei Todesurteile.

Girsberg, 24. Febr. Der Kellner Toepper aus Frankfurt a. M. und seine Ehefrau, die wegen gemeinschaftlichen Mordes angeklagt waren, wurden heute nach einstündiger Verhandlung vom Schwurgericht zum Tode verurteilt. Sie hatten am 14. Juni 1925 den Hofradhändler und Landwirt Gehmann aus Langenbühl, Nr. Löwenberg (Schlesien), ermordet.

Das Große Los



ist die Sehnsucht von uns allen. Es gibt aber kaum eine größere Nervenaufregung, als in der Lotteriespielen. Kommt der Treffer? Kommt er nicht? Und wenn dann der Gewinn kommt, welche Aufregung! Wenn er nicht kommt, welche Enttäuschung! Zum Gewinnen gehört noch mehr Gleichmut, als zum Verlieren, denn schon manche glücklichen Gewinner sind vom Schlaganfall getroffen worden. Dieser Gleichmut beherrscht allein die

Greiling Auslese zu 58 Ihre köstlicher, milder Geschmack verleiht allein jene Gelassenheit, jene Gefasstheit vor dem Schicksal, die man in allen Wendungen seines Lebens zu bewahren hat. Das Große Los hat so viele Formen, z.B. Millionenerbschaften vom Onkel in Amerika. Alle aber sind gleich in der Folge, daß

man furchtbarlich angepumpt wird und Steuern zahlen muß. Wer geküßt sein will, alle Pump- und sonstigen Schröpfversuche wirkungsvoll abzuweisen, dem sei geraten, sich in das würzige, kräftige Aroma unserer Greiling-Auslese zu hüllen, deren Genuss ihm die absolute Ruhe gibt; mit der er siegreich alle Angriffe auf seinen Geldbeutel abwehrt.

Subin
Subin ist ein bewährtes Mittel für Schweiß-
neigen Zahmböhl, Gießheit, Rachenweh
und zur Anregung der Verdauung.
Preis 1,25 Mark.
Zu haben in Apotheken u. Drogerien.

Infolge günstigen Abschlusses haben wir eine Serie d1596

Schlafzimmer formenschön, in echt Eiche,
von **590 bis 800 Mk.**

eine **Naturküchen** äußerst preiswert
Serie von **250-500 Mk.**

anzubieten. Es handelt sich um
nur erstklassige Qualitätsware.

Rack & Korte Münster i. W.

Alter Steinweg 16, Ludgerihaus, Ludgeristr. 89/90.

☛ Zwanglose Besichtigung erbeten. ☚

Diese Möbel befinden sich im Geschäft: Alter Steinweg 16.